



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Ratssekretariat des Stadtrats von
Bern
Kommission für Soziales, Bildung
und Kultur (SBK)
Postfach
3000 Bern 8

Bern, 19. August 2015

**Interfraktionelle Motion SP/JUSO, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Thomas Göttin, SP/
Martin Mäder, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Daniel Imthurn, GLP/Esther Oester, GB):
Anforderungsgerechte Finanzierung der anerkannten Quartierorganisationen/
Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teil-
revision/Anträge aus der 1. Lesung; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 7. Mai 2015 in erster Lesung die Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte (RPR) behandelt. Gegenstand des Geschäfts ist eine Änderung des RPR im Hinblick auf die Anpassung der städtischen Subventionen zugunsten der anerkannten Quartierorganisationen.

Im Rahmen der ersten Lesung wurden einerseits von Stadtrat Luzius Theiler (GPB-DA) und andererseits von der Fraktion SVP verschiedene Anträge zur Änderung der RPR-Bestimmungen über die Quartierorganisationen eingebracht, die noch nicht Gegenstand der ursprünglichen Vorlage waren und die dementsprechend von der vorberatenden Kommission nicht behandelt worden waren.

Der Gemeinderat äussert sich zu den Anträgen wie folgt:

Anträge Luzius Theiler:

Art. 90 Rechte

Anerkannte Quartierorganisationen haben im Rahmen von Artikel 32 GO namentlich Anspruch auf:

- a. (neu) frühzeitige Information durch den Gemeinderat über alle das Quartier betreffenden Projekte und Vorhaben;

- b. (neu) Miteinbezug in den Planungsprozess insbesondere bei Bau- und Verkehrsprojekten;
- c. (neu) Abgabe einer Stellungnahme mit Mehrheits- oder Minderheitsmeinung zu quartierrelevanten Vorlagen in den Vorträgen des Gemeinderats an den Stadtrat und in den Abstimmungsbotschaften;
- d. (neu) Antragsrecht für Budgetkredite für quartierbezogene Projekte und Aktivitäten. Vom Gemeinderat berücksichtigte oder abgelehnte Anträge sind in den Erläuterungen zum jeweiligen Produktgruppenbudget auszuweisen.
- e.-g. bisherige a.-c.

Stellungnahme des Gemeinderats:

Die vom Antragssteller vorgeschlagenen neuen Buchstaben a. und b. sind an sich problemlos, da sie lediglich das wiedergeben, was in der Realität heute bereits gelebt wird. Die Spitzen der Verwaltungsdirektionen treffen sich bereits heute halbjährlich mit den Vertretungen aller Quartierorganisationen zum Informationsaustausch. Der Miteinbezug in Planungsprozesse entspricht heute ebenfalls dem Standard.

Die vorgeschlagenen neuen Buchstaben c. und d. lehnt der Gemeinderat ab. Die Aufnahme von Stellungnahmen mit Mehrheits- oder Minderheitsmeinungen in den Vorträgen an den Stadtrat und in den Abstimmungsbotschaften (c.) würde zu einem enormen administrativen Mehraufwand und zu einer deutlichen Verlangsamung der ohnehin schon langen Entscheidungsprozesse führen, ohne dass ein Mehrwert entstünde. Zudem stellte sich die Frage nach der Gleichbehandlung anderer wichtiger Organisationen (z.B. Parteien), denen ebenfalls ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt werden müsste. Ein Antragsrecht der Quartierorganisationen für Budgetkredite (d.) wäre wiederum administrativ sehr aufwändig und würde einzelne Organisationen gegenüber anderen Anspruchsgruppen, die ebenso legitime Bedürfnisse anmelden möchten, ungerechtfertigt bevorzugen. Vor allem aber ist es in erster Linie die Aufgabe und das Vorrecht des Parlaments, Anträge zum Budget einzubringen, zu beraten und über sie zu beschliessen.

Anträge der Fraktion SVP:

Art. 91 Pflichten und Anforderungen an die Stellungnahmen

1^{bis} (neu): Aus den Stellungnahmen der anerkannten Quartierorganisationen muss jeweils klar ersichtlich sein, wie sich die Stimmen der Delegierten im konkreten Fall zusammensetzen.

Die Aufteilung hat dabei nach folgendem Schema zu erfolgen:

- Delegierte der Quartierleiste;
- Delegierte einer Quartiersektion einer grösseren im Stadtrat vertretenen Partei;
- Delegierte einer im Stadtrat vertretenen Partei;
- Delegierter einer im Stadtrat nicht vertretenen Partei;
- Delegierte einer Quartiervereinigung mit über 50 Mitglieder;
- Delegierte einer Quartiervereinigung unter 50 Mitglieder;
- Delegierte einer Anwohnergruppe mit bis zu 50 Mitglieder;
- Delegierte einer Anwohnergruppe mit bis zu 25 Mitglieder;
- Delegierte einer Anwohnergruppe mit bis zu 10 Mitglieder;
- Delegierte einer Anwohnergruppe mit bis zu 5 Mitglieder.

Eventualantrag 1

1^{bis} (neu) Aus den Stellungnahmen der anerkannten Quartierorganisationen muss jeweils klar ersichtlich sein, wie sich die Stimmen der Delegierten im konkreten Fall zusammensetzen. Es muss insbesondere zwischen Delegierten der Leiste, der im Stadtrat vertretenen Parteien, die über eine Quartiersektion verfügen, den im Stadtrat vertretenen Parteien, bedeutenden Quartiervereinigungen und Anwohnergruppen unterschieden werden.

Eventualantrag 2

1^{bis} (neu) Aus den Stellungnahmen der anerkannten Quartierorganisationen muss jeweils klar ersichtlich sein, wie sich die Stimmen der Delegierten im konkreten Fall zusammensetzen. Der Stadtrat bestimmt die Einzelheiten.

Art. 93a (neu) (Aufsicht)

¹ Für die Aufsicht über die anerkannten Quartierorganisationen und deren offiziellen Publikationsorgane ist der Regierungsstatthalter zuständig. Im Rahmen dieser Aufsicht wird insbesondere kontrolliert, ob die Mehrheits- und Minderheitsmeinungen in den Stellungnahmen und den Publikationen der anerkannten Quartierorganisationen korrekt wieder gegeben werden.

² Für die Rechtspflege gelten sinngemäss die entsprechenden Bestimmungen des Gemeindegesetzes und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Eventualantrag 1

5. Abschnitt: Aufsicht (neu)

Art. 93a (neu):

¹ Für die Aufsicht über die anerkannten Quartierorganisationen und deren offiziellen Publikationsorgane ist eine vom Stadtrat noch zu bestimmende Aufsichtsbehörde zuständig. Im Rahmen dieser Aufsicht wird insbesondere kontrolliert, ob die Mehrheits- und Minderheitsmeinungen in den Stellungnahmen und den Publikationen der anerkannten Quartierorganisationen korrekt wieder gegeben werden.

² Für die Rechtspflege gelten sinngemäss die entsprechenden Bestimmungen des Gemeindegesetzes und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Eventualantrag 2

5. Abschnitt: Aufsicht (neu)

Art. 93a (neu):

¹ Für die Aufsicht über die anerkannten Quartierorganisationen ist eine vom Stadtrat noch zu bestimmende Aufsichtsbehörde zuständig. Im Rahmen dieser Aufsicht wird insbesondere kontrolliert, ob die Mehrheits- und Minderheitsmeinungen in den Stellungnahmen und den Publikationen der anerkannten Quartierorganisationen korrekt wieder gegeben werden.

² Für die Rechtspflege gelten sinngemäss die entsprechenden Bestimmungen des Gemeindegesetzes und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Art. 93b (neu):

Für die Kontrolle der finanziellen Belange der anerkannten Quartierorganisationen ist die Finanzkontrolle zuständig.

Der bisherige Abschnitt 5 wird neu zu Abschnitt 6.

Stellungnahme des Gemeinderats:

Zu Art. 91^{bis} (Anforderungen an Stellungnahmen)

Der Gemeinderat lehnt den Antrag (inkl. Eventualanträge) ab. Der Gemeinderat unterstützt eine transparente Meinungsbildung in den Quartierorganisationen. Die Quartierorganisationen sind bereits heute gesetzlich verpflichtet, ihre Versammlungen öffentlich abzuhalten. Zudem verpflichtet Artikel 91 Absatz 1 lit. d die Quartierorganisationen bereits heute dazu, die Mehrheits- und Minderheitsmeinung sowie das Abstimmungsverhalten ihrer Mitglieder zuhanden des Gemeinderats sowie der Öffentlichkeit weiterzugeben. Die vorgeschlagene Regelung würde jedoch zu einem bürokratischen Mehraufwand führen, dem das Potential innewohnt, die Tätigkeit der Quartierorganisationen durch unnötige Bürokratie zu strangulieren.

Zu Art. 93a und 93b (Aufsicht)

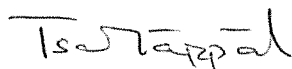
Der Gemeinderat lehnt den Antrag (inkl. Eventualanträge) ab. Die Schaffung einer Aufsicht, die lediglich die korrekte Wiedergabe von Mehrheits- und Minderheitsmeinungen wiedergibt, erscheint völlig unverhältnismässig. Abgesehen davon kann die Stadt dem Regierungsstatthalteramt gar keine Aufsichtspflichten übertragen; es handelt sich um eine kantonale Behörde. Die Neuschaffung einer stadt eigenen Aufsichtsbehörde für die Kontrolle der Wiedergabe von Mehrheits- und Minderheitsmeinungen wiederum ist ebenso unverhältnismässig wie die Schaffung einer entsprechenden Kontrolle an sich. Im Übrigen unterstehen die Quartierorganisationen in finanziellen Belangen bereits heute der Aufsicht der „Finanzkontrolle“ (recte: Finanzinspektorat) (vgl. Artikel 92 Absatz 4).

Grundsätzliche Bemerkungen


Der Gemeinderat hat im Rahmen dieser Stellungnahme die Frage, ob die in der ersten Lesung neu gestellten Anträge im Hinblick auf die erforderliche Volksabstimmung im Licht des Grundsatzes der Einheit der Materie mit dem eigentlichen Anliegen der Teilrevision, nämlich mit der Anpassung der Subventionierung der Quartierorganisationen, verträglich wäre, nicht vertieft. Da hier aber ein mögliches Konfliktpotential liegt, empfiehlt der Gemeinderat, alle Anträge abzulehnen und deren Inhalte, sofern sie der Stadtrat für verfolgenswert hält, im Rahmen eines Nachfolgeprojekts zu bearbeiten.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber